



Innenausschuss

79. Sitzung (öffentlich)

10. März 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:40 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **7**

1 Gesetz zur Änderung des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbeamtengesetz – LBG NRW) **8**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/9578

Stellungnahme 16/3563,
Stellungnahme 16/3573 und
Stellungnahme 16/3585

– Zuziehung von Sachverständigen –

2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Nachtragshaushaltsgesetz 2016) 20

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11250

Der Ausschuss beschließt, wenn der HFA eine Anhörung durchführt, sich pflichtig daran zu beteiligen.

3 Neuntes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes 21

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11251

Stellungnahme 16/3591

In Verbindung mit:

4 Kommunen dürfen nicht auf Flüchtlingskosten sitzenbleiben – Landesregierung muss jetzt eine Kurskorrektur bei der Flüchtlingspauschale vornehmen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11228

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11310

Der Ausschuss beschließt das weitere Beratungsverfahren.

5 Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW. 24

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/11229

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11318

Der **Ausschuss beschließt**, sich **nachrichtlich** an der **Anhörung des Integrationsausschusses am 27. April 2016 zu beteiligen**. Der Ausschuss verzichtet auf ein eigenes Sachverständigengespräch.

Der **Ausschuss beschließt**, sich an der Beratung dieses Tagesordnungspunktes in der Sitzung des Integrationsausschusses am 1. Juni 2016 zu beteiligen.

6 Opfer nicht aus dem Blick verlieren – Täter ermitteln und bestrafen 26

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/10787

Der **Ausschuss beschließt**, sich **nachrichtlich** an der **Anhörung** des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation zu **beteiligen**.

7 Informationsfreiheit schützen – Transparenz und einfachen Zugang zu staatlichen Informationen sicherstellen 28

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11219

– Aussprache.

8 Anonyme Krankenkarte einführen – Medizinische Versorgung für Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen sicherstellen 30

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/6675

Ausschussprotokoll 16/875

In Verbindung mit:

Anonyme Krankenkarte – Wie beurteilt die Landesregierung den Bedarf in Nordrhein-Westfalen?

Bericht
der Landesregierung

Vorlage 16/3783

Punkt 1 des Beschlusses – Drucksache 16/6675 – **wird** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion **abgelehnt**.

Punkt 2 des Beschlusses – Drucksache 16/6675 – **wird** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion **abgelehnt**.

Punkt 3 des Beschlusses – Drucksache 16/6675 – **wird** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion **abgelehnt**.

Der **Ausschuss lehnt** den Antrag der Piratenfraktion **Drucksache 16/6675** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion **ab**.

9 Fortschritt von Open Data in der Landesverwaltung 34

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3764

– Diskussion.

10 Immer wieder gewalttätige Auseinandersetzungen am Hambacher Forst – Was unternimmt die Landesregierung und welche Vorbereitungen werden getroffen, damit es bei den „Skill Sharing Camps“ nicht zu erneuten Gewaltausbrüchen kommt? 37

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3766

– Diskussion.

11 Verschärfungen beim Hinausschieben der Altersgrenze – § 32 Landesbeamtengesetz NRW 47

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3778

– Aussprache.

12 Videobeobachtung auf Grundlage des § 15a des Polizeigesetzes Nordrhein-Westfalen 50

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3779

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht **Vorlage 16/3779 zur Kenntnis.**

13 Aktueller Sachstand bezüglich geplanter Standortschließungen bei der Wasserschutzpolizei 51

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3765

– Kurze Aussprache.

14 Wie werden datenschutzrechtliche Grundsätze bei der Datensammlung über Fußballfans in SKB-Dateien beachtet? 52

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3767

– Diskussion.

3 Neuntes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11251

Stellungnahme 16/3591

In Verbindung mit:

4 Kommunen dürfen nicht auf Flüchtlingskosten sitzenbleiben – Landesregierung muss jetzt eine Kurskorrektur bei der Flüchtlingspauschale vornehmen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11228

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11310

Vorsitzender Daniel Sieveke merkt an, die erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung habe am 2. März 2016 stattgefunden. Hier sei der Innenausschuss federführend. Die Mitberatung erfolge durch den Ausschuss für Kommunalpolitik. Er verweise auf die Stellungnahme 16/3591 der kommunalen Spitzenverbände. Jetzt sollte das Beratungsverfahren geklärt werden.

Thomas Stotko (SPD) betont, über den Gesetzentwurf müsse so schnell wie möglich beraten werden, damit die Kommunen so schnell wie möglich ihr Geld bekämen. Das sei bisher der Vorschlag gewesen. Er sehe keinen Bedarf, da etwas groß zu diskutieren.

Theo Kruse (CDU) gibt an, verzögern wolle es die CDU-Fraktion auch nicht. Er plädiere dafür, die Punkte 3 und 4 der Tagesordnung zu verbinden. Wenn der Ausschuss auf eine Anhörung verzichte, sollte man zumindest die Sachverständigen um schriftliche Stellungnahmen bitten. Das beschleunige das Verfahren.

Vorsitzender Daniel Sieveke hält fest, es solle eine schriftliche Anhörung geben. Außerdem sollten die Tagesordnungspunkte 3 und 4 verbunden werden.

Frank Herrmann (PIRATEN) verweist auf die schriftliche Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände – vgl. Stellungnahme 16/3591. Er würde gerne Fragen den Spitzenverbänden persönlich stellen. Es sei schwierig, das in einem weiteren schriftli-

chen Verfahren noch einmal zu machen. In der Obleuterunde sei schon angeregt worden, dass der Flüchtlingsrat vielleicht involviert werde. Er wisse nicht, ob der schon aufgefordert worden sei, eine Stellungnahme abzugeben.

Die kommunalen Spitzenverbände hätten sich sehr schnell geäußert, erwidert **Vorsitzender Daniel Sieveke**. Es bleibe den Abgeordneten unbenommen, die kommunalen Spitzenverbände noch einmal anzuschreiben, um bei bestimmten Fragen nachzufragen. Eine schriftliche Anhörung bedeute auch, dass man vielleicht den Flüchtlingsrat auch um eine Stellungnahme bitte. Gegebenenfalls hätten die Piraten ja andere Fragen als die SPD, die CDU oder die FDP. Die Fraktionen müssten sich untereinander einigen oder selber tätig werden und die Fragen an die kommunalen Spitzenverbände stellen.

Hans-Willi Körfges (SPD) hält fest, die kommunalen Spitzenverbände hätten durch die Art der Bearbeitung gezeigt, dass auch die Kommunen ein hohes Interesse an einer zügigen Beratung hätten. Da gehe es insbesondere um die Frage der Finanzen der Kommunen. Insoweit sei es unbenommen, jetzt im schriftlichen Verfahren noch andere zu befragen. Ein aufwändiges Anhörungsverfahren zum FLÜAG, in das dann Dritte, die nicht unmittelbar damit zu tun hätten, einbezogen würden, würde quasi dem Wunsch der Kommunen, das schnell zu verhandeln, zuwiderlaufen. Er bitte, sich auf das schriftliche Verfahren zu beschränken.

Monika Düker (GRÜNE) unterstützt ihre Vorredner. Es sei das gute Recht der Opposition, zu den Sachverhalten Stellungnahmen einzuholen. Gleichzeitig werde das schnelle Verfahren respektiert, damit die Kommunen das Geld bekämen. Deshalb mache es aus ihrer Sicht auch Sinn, die Fragen schriftlich zu stellen.

Weil die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände schon vorliege, diese aber nicht zu dem Antrag der CDU Drucksache 16/11228 Stellung genommen hätten, rege sie an, ihnen beides noch einmal zu schicken. Das könne über den Ausschussvorsitzenden mit den drei, vier Fragen, die sich zusätzlich ergäben, an die KSV geschickt werden. Sie sehe da erst einmal nicht den Flüchtlingsrat gefragt, weil es genau die Schnittstelle der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen betreffe. Die könne man, wenn man wolle, aber mit hineinnehmen.

Wenn sie sich den Zeitplan angucke, dann könnte man es schaffen, wenn man es übermorgen rausschicke, dass die Stellungnahmen bis zur nächsten Sitzung vorlägen, sodass der Ausschuss in der April-Sitzung die abschließende Beratung vornehmen könne, um dann im April-Plenum eine zweite Lesung zu machen.

Vorsitzender Daniel Sieveke weist darauf hin, das müsse man vielleicht mit Herrn Dahm klären, da der Kommunalpolitische Ausschuss einen Tag später tage, nämlich am 8. April. Es sei guter Brauch, dass man auf das Votum des mitberatenden Ausschusses eingehe. Das könnte man untereinander klären. Er schlage ein schriftliches Verfahren vor, den Antrag und einen Fragenkatalog der Piraten mit dazu zu nehmen und an die kommunalen Spitzenverbände zu leiten. Das könne schnell rausgehen.

Dann müsse im Kommunalpolitischen Ausschuss geklärt werden, ob er auf ein Votum verzichte. Dann könne man den 7. April erreichen.

Dr. Joachim Stamp (FDP) bittet um Berücksichtigung des Entschließungsantrages der FDP-Fraktion Drucksache 16/11310. Seine Fraktion habe noch erhebliche Kritikpunkte. Klar sei, die Kommunen müssten so schnell wie möglich eine Entscheidung bekommen.

Vorsitzender Daniel Sieveke merkt an, der Gesetzentwurf werde in Verbindung mit TOP 4 beraten. Da sei der Entschließungsantrag der FDP mit dabei.

Thomas Stotko (SPD) regt an, bei der Tagesordnung des Innenausschusses den TOP so zu wählen, dass er gemeinsam mit dem Kommunalausschuss beraten werden könne.

Vorsitzender Daniel Sieveke erklärt, er sei einverstanden. Der Kommunalausschuss müsste dann ja auch an einem anderen Tag tagen. Das könne man dann als Tagesordnungspunkt 1 aufnehmen. Der CDU-Antrag Drucksache 16/11228 sowie der Entschließungsantrag der FDP Drucksache 16/11310 würden ebenfalls an die kommunalen Spitzenverbände gesandt. Herr Herrmann sollte den Fragenkatalog zeitnah einreichen. Ziel sei es, den 7. April zu erreichen. Das werde nicht schwer sein, weil sich die kommunalen Spitzenverbände bereits geäußert hätten. Sie müssten nur noch die neuen Punkte aufnehmen.

